

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: In Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Berretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. S. Dombé, Invalkendant. Berlin: Bernh. Arndt, Max Bornmann, Eberfeld B. Thieme, Greifswald G. Müller, Halle a. S. Jul. Baur & Co. Hamburg: Joh. Neuberger, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geinr. Eister. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Ueber die südafrikanische Republik

(Transvaal) sind wieder schwere Tage gekommen. Zum Verständnis des Konflikts, der dort ausgebrochen ist und der nach dem unter englischen Namen begangenen Bruch des Völkerrechts eine internationale Bedeutung hat, möge folgender Rückblick dienen.

Holland hatte zur Zeit seiner aufsteigenden Seemacht, als bei uns der dreißigjährige Krieg tobte, am Kap der guten Hoffnung eine Niederländisch-Asiatische Handelskompanie gegründet. Wie ein Theil von Niederländisch-Guana in Südamerika, so kam auch die Kapkolonie durch den Wiener Kongreß 1815 endgültig an England. Seit 1835 streben die von Holländern abstammenden Bewohner des Kaplandes, unzufrieden mit der britischen Herrschaft, ihre Heimath, um einen Freistaat nach ihrem gottesfürchtigen Sinn und ihrer unabhängigen, die harte Arbeit auf dünnbesäetern jungfräulichen Böden liebenden Art zu gründen. Ein großer Theil siedelte sich in Natal an, aber die Briten drangen nach und unterwarfen die neu gegründete Republik. Darauf schufen sich die Boeren vor 45 Jahren durch einen neuen Auszug auf Ochsenwagen (ein sogen. Trek) unter vielen Kämpfen und Entbehrungen im Kafferlande am Saalkusse ein neues Heim.

Aber Ruhe und Frieden waren den Boeren der Transvaalrepublik auch hier nicht beschieden. Unablässig dehnte sich die britische Kolonialmacht von Kaplande über die Gebiete in der Umgebung Transvaals aus und machte den Freistaat bald fast zu einer Insel in Mitten englischer Kolonien und Protektorate. Des ersten Erdrückungsversuchs der Kapländer ermahnen sich die Boeren mit dem Schwerte, ein englisches Heer wurde am Berge Majuba (1881) mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Die englische Regierung erkannte die Selbstständigkeit Transvaals mit dem Vorbehalt an, daß Verträge der Republik mit fremden Staaten der Genehmigung der Königin von England bedürfen.

Nun sollte Transvaal von außen wirtschaftlich erdrückt werden. Als einziger Ausgang zum Meere, der nicht durch britische Gebiete, über britische Zollstrahlen und britische Verkehrswege führte, war die Straße nach Laurens Maritz an der Delagoabaai geblieben. Dieser Küstenstreifen ist in portugiesischen Besitz. Eine Eisenbahn wurde von Pretoria nach Laurens Maritz mit deutschen und holländischen Geldern gebaut. Kaum war der Bahnbau vollendet, als im portugiesischen Gebiete ein Stäffernanstand — man sagt mit geheimer Kapländischer Unterstützung — losbrach. Bei der großen Schwäche der portugiesischen Herrschaft dort war die Gelegenheit zu einer Einmischung, das heißt zur Vergewaltigung der Delagoabaai und damit der Boerenrepublik gegeben. Dem Minister von Kapland, Cecil Rhodes, der zugleich der Leiter der als Pionier der englischen Kolonialmacht in Südafrika dienenden Royal Chartered Company ist, einem ziemlich verwegenen Politiker und schlaun Spekulant, der die Rolle eines Napoleons von Südafrika spielen möchte, mußte ein solcher Anschlag zugetraut werden. Aber die Gefahr wurde abgewendet durch das Erscheinen deutscher Kriegsschiffe in der Delagoabaai und die Haltung unserer Regierung, welche das deutsche Interesse an der Erhaltung der Unabhängigkeit Transvaals geltend machte, ein Interesse, das sich auf die große Zahl deutscher Einwanderer in der Boerenrepublik, auf die Vertheilung deutschen Kapitals an dortigen Bahnen, Minen, Fabrik-Anlagen, auf einen regen, durch die deutsche Ostafrikakompagnie erleichterten Handelsverkehr und schließlich auf die Nähe deutschen Kolonialbestes gründet.

Jetzt droht dem Transvaal Gefahr von innen heraus. Die Boeren sollen majorität werden durch die englischen Elemente, die in das Land gedrückt sind. Angezogen durch die reichen Goldvorkommen am Witwatersrand, hat sich dort eine Bevölkerung zusammengedrängt ähnlich der gemischten abenteurerischen Gesellschaft in den Goldstrichen Kaliforniens, wie sie Bret Harle so meisterhaft geschildert hat. Die Stadt Johannesburg soll gegenwärtig an die achtzigtausend Köpfe zählen. Die Mehrzahl der Ausländer sind natürlich englischer Herkunft; es lag ja eben auch im politischen Interesse von Leuten wie Rhodes, daß Transvaal mit kapländischen Elementen aller Art übersäet würde. Die Boeren haben mit der ihnen eigenen Jähgierigkeit daran festgehalten, daß nur sie und völlig naturalisirte Einwanderer die vollen staatsbürgerlichen Rechte, namentlich das Wahlrecht zum Volksrathe, genießen. Die englische Agitation zielt dagegen auf Verleihung des Wahlrechts an die Ausländer (Ausländer) ab, wobei sie sich die mancherlei Uebelstände zu nutze zu machen sucht, die sich bei so rascher Anhäufung von allerlei Menschen, wie am „Roos“ und in Johannesburg, in der allgemeinen Verwaltung, in Schulangelegenheiten u. i. w. ergeben mußten.

Der Präsident Krüger selbst hat die Nothwendigkeit gewisser Reformen anerkannt, sich aber bisher gegenüber den viel weiter gehenden englischen Ansprüchen — die englische Nationalunion in Johannesburg verlangt z. B. auch das Englische neben dem Holländischen als Staatssprache — mit der Wehrtheit des Volksrats tapfer gehalten. Der Herd der Gährung ist in Johannesburg; von dort aus ist auch schon mit einem Aufwuche der Kaffernarbeiter in den Minen gedroht worden. Wie einst die Boeren aus den Diamantfeldern des Kaplandes hinausgedrängt wurden, so sollen sie sich jetzt dem Gelüste der Engländer nach ihren Goldfeldern und nach der Errichtung eines großen südafrikanischen Reiches fügen. Um den Aufwuche vor 15 Jahren abzuschlagen, genügte ihr Opfermuth und ihre Tapferkeit; jetzt gegenüber den in ihrem eigenen Lande angezogenen Wirren bedarf es außer jenen Eigenschaften noch eines hohen Maßes von Weisheit und staatsmännischer Kunst.

Nach der „Nat.-Ztg.“ ausgegangen zuverlässigen Nachrichten steht es außer Zweifel, daß die in der südafrikanischen Republik eingebrochene sogenannte Polizeitruppe der „Chartered Company“ gänzlich aus Kriegsmäßig ausgebildeten regulären Soldaten des Chefs dieser Company und Premierministers der Kapkolonie Mr. Cecil Rhodes zusammengesetzt ist. Der an der Spitze dieser aus dem Beiswanaland gekommenen

Söldnerbände stehende Dr. Jameson hat also zweifelsohne im Auftrage und mit Vorwissen Cecil Rhodes gehandelt. Die ganze Sache war von langer Hand vorbereitet. Noch ehe der Einfall erfolgt war, hat eine der gelesesten Londoner Zeitungen, „Daily Telegraph“, geschrieben, der schwerfällige „Dom Paul“ habe sich zu den, oder es werde der „holländischen Oligarchie“ schlecht gehen. Und die „Daily News“ jammerten über die „separatistischen Tendenzen des Transvaals“, mit denen es ein Ende nehmen müsse.

Im weiteren Depeschen sind folgende eingelaufen: London, 2. Januar. Wie das „Neuerliche Bureau“ erfährt, erhielt das Kolonialamt heute Depeschen aus Kapstadt, wonach keine Meldungen von einem Kampfe zwischen den Polizeitruppen Dr. Jamesons und den Boeren eingetroffen sind. Das Kolonialamt vermag noch nicht anzugeben, ob der Befehl zum Rückzug Dr. Jameson erreichte, dessen genauer Aufenthaltsort unbekannt ist. Chamberlain konferirt heute Nachmittag mit den Direktoren der Chartered Company.

Paris, 2. Januar. Der Ministerrath beschäftigte sich heute Vormittag mit der politischen Lage in Transvaal. Die Regierung folgt, wie die „Agence Havas“ mittheilt, aufmerksam der Entwicklung der Ereignisse und behält sich die Wahrnehmung der französischen Interessen vor.

Diese weisen jedenfalls auf keine Billigung des englischen Vorgehens hin. Von dem Eindrud, welchen das brutale, völkerrechtswidrige englische Vorgehen auf das deutsche Publikum gemacht hat, mag folgende, vom 1. Januar datirte Zeitschrift einen Begriff geben, welche der „Nat.-Ztg.“ zugegangen ist, und welche die von Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen betrifft.

„Gestatten Sie, daß ich als seit lange mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Südafrikas vertraut in wenigen Worten meine Meinung über die angeführten der plötzlichen und entscheidenden Krise, in die dieselben eingetreten sind, von unserer Regierung eingehaltene Linie ausspreche. Das Vorgehen der südafrikanischen Gesellschaft, an und für sich gut berechnet, da es den britischen Interessenten im Draufgelaufe und in der Kapkolonie, in denen das große Hemmnis für ein gewaltsames Vorgehen gegen Transvaal liegt, keine Zeit läßt, sich zu bestimmen, und den Rhodes'schen Einfluß abzuschütteln, kann, richtig benutzt, eine geradezu sehr wünschenswerthe Wendung in Südafrika herbeiführen. Die von unserer Regierung zu ergreifenden Maßnahmen wären folgende:

1. Protest gegen den Friedensbruch als eine direkte Verletzung aller in Südafrika verzeichneten Staaten; Aufforderung an Frankreich, Rußland, die Vereinigten Staaten und Portugal, sich diesem Protest anzuschließen.

2. Erklärung, daß wenn die englische Regierung sich als machtlos erweist, den Friedensbruch zu hindern, unsere Regierung sich das Recht vorbehält, unsere Schutztruppe durch das thätigste in den Händen der südafrikanischen Gesellschaft befindliche und von ihr als Basis zum Angriff auf einen mit Deutschland befreundeten Staat benutzte britische Besitzthum nach Transvaal zur Unterstützung der dortigen Regierung gegen die Freibeuter vorzurücken zu lassen.

3. Sofortige Beorderung der beiden in Ostafrika befindlichen Kreuzer nach Delagoabaai; Absendung weiterer Schiffe von Deutschland ebendorthin; telegraphisches Anerbieten deutscher bewaffneter Hülfen an den Präsidenten Krüger und Erlaßung an die portugiesische Regierung, für den Fall der Annahme des Durchmarsches von Delagoabaai aus zu gestatten. Eventuell könnten in weniger als 8 Tagen einige hundert Mann deutsche Marinekräfte in Transvaal stehen und, wenn auch die erste Entscheidung bis dahin gefallen sein wird, — an dem endlichen Sieg der Boeren ohne Eingreifen Englands habe ich nicht den geringsten Zweifel —, so lange sie dort bleiben, jedes kriegerische Vorgehen gegen Transvaal mit Billigung der englischen Regierung und mit Reichstruppen unmöglich machen. Wenn der Schlag gegen Transvaal scheitert, so fällt Rhodes.“

4. Endlich Berufung einer großen Versammlung durch die deutsche Kolonialgesellschaft zur Billigung der obigen Verhaltungslinie. Wer sich für deren Zustandekommen interessiert, wird gebeten, sich am 3. Januar Abends im deutschen Kolonialheim einzufinden.

Ein sozialistischer Staat vor 500 Jahren.

Wenn die Sozialdemokraten auf ihren „Zukunftstaat“ zu sprechen kommen, so pflegen sie ihn als etwas ganz Neues hinzustellen, ja als einen unendlichen Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sozialdemokratische Führer, in erster Linie Bebel, haben sogar eine ganze Reihe von Jahren lang behauptet, deren letzte das sozialistische sei, in das wir mit der Verwirklichung der Eutendebahn und anderer privatwirtschaftlicher Bestrebungen bereits eingetreten seien. Dieses sozialistische Zeitalter bedeute die Krönung aller bisherigen Staatsformen und sei bernur, nach dem „großen Kabbaderatsch“ das gegenwärtige „bürgerlich-demokratische Zeitalter“ zu ersetzen. Die Geschichte, die große Lehrmeisterin für Vergangenheit und Zukunft, widerlegt jene sozialistische Theoretiker gründlich.

Es ist schon lange bekannt, daß eine Reihe alter Volksstämme in gemeinschaftlichen Einrichtungen sich Staats- und Gesellschaftsformen geschaffen hatten, die man heute sozialistische nennen würde. In einer kürzlich in Berlin erschienenen Doktor Dissertation über „die geschichtliche Grundlage und die Hauptzüge in den politischen und sozialen Zuständen des Inkareiches Tahuantinsuyu auf dem südamerikanischen Hochlande“ erhalten wir, ohne daß der Verfasser, Dr. Oscar Mortens, es beabsichtigt hat, auf streng wissenschaftlicher Grundlage die Schilderung eines sozialistischen Grundrisses aufgebauten Staatswesens amerikanischer Indianer vor 500 Jahren. Der Staat der Inkas, der zeitweise eine Ausdehnung hatte, welche die des deutschen Reichs

wesentlich überstiegt, war ein Staat mit ausschließlicher Ackerbaukultur, mit völliger Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden. Von dem gesamten nutzbaren Lande war ein Drittel dem Volke zur Gewinnung des unmittelbaren Lebensunterhaltes zugewiesen und zwar so, daß ein bestimmtes Maß guten Maislandes auf den Kopf kam; ein Drittel war für die Bedürfnisse des Inka, der monarchischen Spitze des Staates, das letzte Drittel für die Bedürfnisse des Klerus und der Regierung bestimmt. Wuchs die Bevölkerung, so wurde bei der ersten besten Gelegenheit eine neue Provinz erobert und das Land weiter aufgetheilt. Das Saatgut wurde von der Regierung zugewiesen, die in Nothjahren den völligen Unterhalt der Bevölkerung übernahm. Arbeitspflichtig für alle drei Drittel des Staatsgebietes waren alle Männer von 25. bis 50. Lebensjahre mit ihren Frauen. Geld oder ein anderes Zahlungsmittel gab es nicht. Fast Jeder mußte auch sein eigener Handwerker sein.

Die Bewachung und polizeiliche Kontrolle der Bevölkerung ging bis ins Einzelne. Eine Reise durfte ein Staatsangehöriger nur auf königlichen Befehl machen. Die ganze Bevölkerung war fest an die Scholle gefesselt. Die Verbindung der Freizügigkeit ging so weit, daß kein Staatsbewohner in eine andere Gemeinde hineinbetreten durfte, weil dadurch die Vertheilung des Landes gestört worden wäre. Die Indianer waren an eine bestimmte Kleiderordnung gebunden und mußten bei offenen Thüren ihre Wahlen einnehmen, um den überwachenden Beamten einen freien Einblick in ihr häusliches Leben zu ermöglichen. Selbst Kinder wurden, wenn sie unartig waren, öffentlich und von rechts wegen bestraft, zugleich aber auch der Vater.

Zur Aufrechterhaltung einer derartig bis in die kleinsten Einzelheiten des täglichen Lebens festgesetzten staatlichen Ordnung war natürlich ein gewaltiger Beamtenapparat notwendig, der von der arbeitenden Bevölkerung mit ernährt werden mußte. Jede Verleumdung der Regierung und der Beamten wurde auf das strengste bestraft. Folter und Todesstrafe konnten nicht entbehrt werden. Nur so war es möglich, die staatssozialistische Organisation durchzuführen. Der Einzelne galt nichts und mußte jeder selbstständigen Willensregung entzogen lernen.

Anders würde es in dem so viel gepriesenen „Zukunftstaate“ unserer Sozialdemokraten wohl auch schwerlich aussehen. Denn viele der in dem Inkareiche herrschenden Einrichtungen werden auch von den sozialdemokratischen Führern gefordert; die übrigen ergeben sich dann von selbst. Ob der moderne Mensch jemals ein solches Maß von Opfern an Selbstständigkeit und Menschlichkeit bringen würde, wie die Wilden Südamerikas, vor allem aber, ob solche Zustände denen der heutigen Gesellschaftsordnung vorzuziehen wären, diese Fragen dürften doch selbst von dem verbohresten sozialdemokratischen Fanatiker nicht bejaht werden können.

Deutschland.

Berlin, 3. Januar. Die Stadtverordnetenversammlung hielt gestern ihre erste öffentliche Sitzung im neuen Jahre ab und vollzog zunächst ihre Neubildung. Die wieder- oder neuwahnten Mitglieder wurden durch den Oberbürgermeister Zelle mit einer bemerkenswerthen Rede begrüßt. Er wies darauf hin, daß die Arbeit eines Berliner Stadtverordneten sehr schwer sei, da einers seitens die Mitglieder sehr kritisch veranlagt seien, andererseits aber auch von außen her der städtischen Verwaltung ein kalter Wind entgegen wehe. Berlin sei und bleibe das Aushenbündel der Volksvertretung. „Die Volksvertretung“, so sagte der Oberbürgermeister wörtlich, „ist doch nur das Echo der Bevölkerung, die sie vertritt. Aber gegenüber dieser Kritik und jener Abneigung wollen wir erst recht weiter arbeiten zu dem Gedeihen unserer Stadt. Jeder ist das werth, was er leistet. Erzwungen wir uns durch unsere Leistungen die Achtung, damit dienen wir nicht nur unserer Stadt, sondern dem gesamten Bürgerthum in unserem Vaterlande. Der Abg. von Bennigsen sagte einmal: das Bürgerthum hat bei uns nicht die Achtung und Stellung, die es verdient. Gehen wir als größtes Gemeinwesen der Bürgerthum voran und weisen wir ungerechtfertigte Annahmen zurück, wo es nötig ist, Annahmen, wonach der Bürger zahlen, aber nichts gelten soll. Um dies vollbringen zu können, dazu ist aber vor allen Dingen Einigkeit unter uns selbst nothwendig.“ Diese Worte wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt. Die Büreauwahl brachte keine Veränderung in der Besetzung der Aemter: Dr. Langerhans wurde einstimmig zum Vorsteher wiedergewählt; sein Stellvertreter bleibt Stadtverordneter Mischelet.

Aus der Deutschen Kolonial-Gesellschaft wurde nach einem Vortrage des Dr. Karl Peters und längerer Debatte folgendes Telegramm an den Präsidenten der südafrikanischen Republik geschickt:

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft Berlin sendet ihrem Ehrenmitglied Präsident Krüger ihren Gruß. Öffentlich werden die Boeren die Rebellen in Transvaal bald niedermachen. Das deutsche Volk steht zu ihnen.

Dr. G. C. Göring, Dr. Karl Peters. Wir theilen noch mit, daß Herr Dr. Peters für die Organisation einer etwaigen Privatexpedition bereits 300 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sind.

Eine in den Kreisen der Produzentenhändler vorbereitete Petition an den Reichstag verlangt eine Verschärfung der in der Börsenreformvorlage getroffenen Bestimmungen über den Produktenterritorienhandel. In der Petition heißt es: „Die vorgeschlagenen Mittel der Börsenreformvorlage genügen keineswegs, um die Börsenreform voranzuführen, das Namensregister verhindert das gewaltsame Eingreifen des Großkapitals und der Konjunktur. Die Verschärfung der Bestimmungen, der sog. Outsiders, mag für diese selbst sehr gut sein, denn sie geben meist mit Verlust aus der Spekulation heraus, sie sind jedoch nur Spieler und für die Preisbewegung von untergeordneter Bedeutung; sie gleichen den Spaten, welche um den Sperrhaken, aber das Großkapital selbst, und die

systematische, künstliche Bildung und Ausbeutung der Preise werden, trotz der Namensregister, in voller, nur um so ungeförterter Thätigkeit bleiben. Die ungeliebte, vererbliche Ueberpekulation wird nur verhindert werden durch die Einrichtung obligatorischer, ständlicher Börsenregister mit öffentlichen, amtlichen Abrechnungsstellen, bei welchen für den Terminverkehr hohe Werthdepots hinterlegt werden müssen. Das heute von der Börsenorganisation dem Terminhandel ertheilte Privilegium, durch nicht von Werth und Waare eingeschränkte Terminumsätze allein den Preis zu bilden, kann gehindert werden durch hohes Depot, ohne daß diejenigen Terminhandelsumsätze unzulässig gemacht werden, welche dem Depot befreit bleiben. Die Erfahrung lehrt, daß es besser ist, das Termingeschäft nach Börsentypen, welches sich durch unzählige Katastrophen als unsicher und gemeinschädlich erwiesen hat, stark zu belasten oder ganz zu verbieten, als dasselbe in der bisherigen Weise fortarbeiten zu lassen. Die Thatsache, daß der Terminhandel international ist, darf uns von Verbesserungsversuchen nicht abhalten; jede Einschränkung desselben verbessert die Preisbildung, und andere Nationen werden in guten Reformen folgen, denn die Klagen und das Streben nach Verbesserung sind ebenfalls international. Nicht allein für uns, sondern im Interesse des ganzen deutschen Handels, der Industrie und der Landwirtschaft bitten wir den hohen Bundesrath und den deutschen Reichstag, der bisherigen, ungeliebten Preisbildung durch die an der Börse verzwangsjachte Kaufs- und Verkaufskraft der Terminpekulation zu steuern und eine normale Preisbildung durch Gehege anzuführen, welche mindestens die gleiche Kaufs- und Verkaufskraft den Produzenten und Händlern sichert, ihnen einen Lohn für ihre Arbeiter läßt und sie gegen Ausbeutung schützt.“

Ueber eine angebliche Verschwörung in Petersburg bringt das „Illustrirte Wiener Extrablatt“ in seiner Neujahrsnummer die folgende Meldung:

„Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich vorgestern der hiesigen Studentenschaft. Es war die Nachricht verbreitet, daß die Universität umgingelt werden wird und sämtliche darin befindlichen Studenten in Haft genommen werden sollten. Thatsächlich tauchten auch die Gestalten von zahlreichen Geheimpolitikern in der Nähe der Universität auf, und haben etwa 200 Studenten seit einigen Tagen die Stadt verlassen, um in das Ausland zu gelangen. Die Polizei hat nämlich eine weitverzweigte Geheimbewegung entdeckt, die den Titel „Nordische Verbrüderung“ führt, und deren Mitglieder es sich zur Aufgabe machten, die sozialistischen Ideen zu verbreiten. Studenten waren die Wanderprediger dieses Bundes, und die Mitglieder schworen, durch eine einfache Lebensweise, durch Entfalligkeit von geistigen Getränken, Spiel und Tabak mit gutem Beispiele voranzugehen. Alle dadurch ersparten Gelder wurden in eine gemeinschaftliche Kasse gelegt, von der das Druckereis dieses Organs, viele Exemplare von Agitationsbroschüren, die einen vollständigen Leitfaden des Reiches, der Familie und der Literatur vorberathen, wurden entbunden und befanden sich in den Händen der Polizei. Dreihundert Personen, darunter Mitglieder der vornehmsten Stände, sind bereits verhaftet, und neue Massenverhaftungen sollen bevorstehend sein.“

Der anonyme Aufsatz in der „New Review“, „Wade in Germany“, der schon neulich gürte, wurde, hat in England bedeutendes Aufsehen erregt:

„Zahlen reden und Thatsachen beweisen: 1894 jahnte uns Deutschland Keinenwaaren im Werthe von 112 111 Pfund Sterl., Baumwollwaaren im Werthe von 462 801 Pfund Sterl., Lederhandschuhe im Werthe von 26 916 (schonmal so viel als vor fünf Jahren) und Wollwaaren im Betrage von 907 569 Pfund Sterl., Spielwaaren führte Deutschland 1894 für 452 452 Pfund Sterl. ein, bisher für 28 129 Pfund Sterl., und Papier und Pappe für 626 926 Pfund Sterl. Für Klavos zahlten die Engländer den Deutschen 405 150 Pfund Sterl., für Porzellan- und Töpferwaaren 246 587 Pfund Sterl., für Steindruckmaschinen, Stiche und Photographien 194 618 Pfund Sterl. Alles das sind Produkte, welche auch in England hergestellt werden. . . . Den kommerziellen Aufschwung Deutschlands beweisen die folgenden Zahlen: 1878 produzierte Deutschland 2 148 000 Tons Kohlen, 1894 5 382 000 Tons, 1878 492 512 Tons Stahl, 1894 3 617 000 Tons. Damit hat die deutsche Ausfuhr Schritt gehalten. . . . Der Schiffsverkehr ist der sicherste Maßstab der Wohlthat des Handels. Nun, seit 1893 ist der Tonnengehalt der in Hamburg einlaufenden Schiffe größer als in Liverpool.“

Der Verfasser des Artikels läßt der deutschen Regierung ihren Ruhm, so viel, wie sie nur konnte, der kommerziellen Wohlthat Deutschlands die Wege gebahnt zu haben.

„Nach dem letzten russisch-deutschen Handelsvertrage wurden alle russischen Bälle auf deutsche Einfuhren stark herabgesetzt: Es gab nur eine Ausnahme. Der Zoll von 35 Kopaken auf Kobalt wurde nur 5 Kopaken niedriger. Ausland war gern zu weiterer Ermäßigung bereit. Die deutsche Regierung wollte aber gar nichts davon wissen, da dann nur England eintreten würde auf Grund der Klausel über die meistbegünstigte Nation.“

Ohne den Unternehmungsgeist der deutschen Kaufmannschaft hätte freilich die deutsche Regierung auch nicht viel thun können. Von diesem Unternehmungsgeist legen die folgenden Zahlen Zeugnis ab: 1884 stellte sich die deutsche Ausfuhr nach Australien auf 6 315 000. 1893 hat sie 17 963 000 betragen.

Sicherem Vernehmen nach, so schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“, ergibt sich aus dem dem Auswärtigen Amte eingegangenen ausführlichen Berichten der kaiserlichen Gesandtschaft in Athen, daß eine Bezeichnung des Freireichs von Dammerstein als „Anarchist“ von keiner Seite stattgefunden hat.

den hat. Die Beamten des deutschen Konsulats hatten bereits auf Grund der Photographie die Identität des Dr. Herbert mit dem Beschuldigten für höchst wahrscheinlich erachtet. Nachdem Polizeikommissar Wolf am 25. Dezember in Athen eingetroffen und die Identität festgestellt hatte, beantragte der kaiserliche Gesandte Frhr. v. Blesien im Auftrage des Auswärtigen Amtes die Verhaftung und Auslieferung des Frhrn. von Dammerstein auf Grund der im Ostbefehl verzeichneten Straftaten. Die königliche Regierung lehnte beide Verlangen mit Hinweis auf die bestehende Gehege ab, verfügte jedoch die polizeiliche Ausweisung des Frhrn. v. Dammerstein mit Rücksicht auf die Schmede der ihm zur Last gelegten Verbrechen. In Vollzug dieser Ausweisung wurde Frhr. v. Dammerstein am 27. Dezember Nachmittags auf das nach Brindisi gehende italienische Postdampfschiff „Peloro“ gebracht, auf dem sich Kommissar Wolf zur Ueberwachung des Beschuldigten einschiffte.

Nachrichten zufolge, die dem Gouverneur v. Wissmann zugegangen sind, ist der Mörder Emin Paschas, Hamadi bin Ali, nicht, wie bisher angenommen wurde, gegen die Belgier gefallen. Es wird vermutet, daß er beabsichtigt, sich nach Sanjar oder Maskat zu flüchten, und daß er daher irgendwo an der belgischen Küste verjungen wird, sich unter falschem Namen und mit nach Möglichkeit veränderten Merkmalen, vielleicht auf Fischerbooten, nach Sanjar einschiffen. Der kaiserliche Gouverneur hat daher die Bezirksämter angewiesen, bei jedem den Bezirk passirenden Araber dessen Identität feststellen zu lassen, um den Mörder, wenn irgend möglich, abzufassen.

In kolonialen Kreisen bereitet sich eine Bewegung vor, um durch eine öffentliche Kundgebung die Buren von Transvaal der Sympathien der Deutschen zu versichern.

Oesterreich-Ungarn.

Best, 2. Januar. Banffy's Antwortrede auf die Neujahrsgratulation erregt großes Aufsehen, da er den von Apponyi angeregten Gedanken eines Waffenstillstandes zwischen beiden Parteien annahm. Dadurch verleugnete er die ablehnende Haltung eines Theils der liberalen Partei, welche den Antrag Apponyis nicht ernst nahm. Falls Apponyi mit seinem Antrag nur die Ueberwägung des Odioms heilloser parlamentarischer Verhältnisse bezwecke, ist sein Schachzug durch Banffy's Entgegenkommen unwirksam gemacht.

Best, 2. Januar. Die Blätter besprechen die Neujahrsrede des Ministerpräsidenten Barons Banffy günstig. Allgemein wird der friedliche Ton anerkannt, den der Ministerpräsident ansetzt, indem er erklärte, er biete der parlamentarischen Opposition die Hand zum Frieden, damit die Millenniumsfeier in Eintracht begangen werden könne. Nur wünsche er einen Frieden in Ehren; der Kampf der liberalen Partei gelte lediglich der erst in der Einführung begriffenen liberalen Partei. Auch die oppositionellen Blätter sprechen sich anerkennend darüber aus, daß Baron Banffy eine vorzeitige Auflösung des Reichsrathes nicht angedeutet habe, daß vielmehr aus dem angekündigten Arbeitsprogramme des Kabinetts hervorgehe, der Reichsrath werde die Legislaturperiode ausleben.

Frankreich.

Paris, 2. Januar. Am Schluß eines Artikels über das Eingehen Dr. Jamesons in Transvaal sagt der „Temps“, England habe die Pflicht, ein Attentat zu verhindern und die Odietsverletzung gutzumachen. Billige Zugeständnisse, welche Transvaal freiwillig hätte machen können, seien angesichts des unter Mischand britischer Beamten unternommenen bewaffneten Angriffs unmöglich geworden.

Paris, 1. Januar. Der frühere Geheimpolizist Vitrac, der im ersten Schreden über die Wirkung seiner falschen Liste der 104 einen Auszug nach Brüssel unternommen hatte, dessen Kosten in hochherziger Weise der Leiter der „Libre Parole“, Drumont, bestritt, ist gestern Abend nach Paris zurückgekehrt, um sich dem Untersuchungsrichter zu stellen. Einem Berichterstatter erzählte er, was er gesehen will. Er habe danach die Liste vor etwa drei Jahren bei dem Beamten der Polizeipräfektur Anger gesehen, dessen Freund und Mitarbeiter er gewesen sei, und um so weniger Bedenten getragen, eine Abschrift dieser Liste anzufertigen, als Anger sich wiederholt für ihre Echtheit verbürgt hatte. Er habe seine Liste Barres, Denis und Drumont mitgetheilt, wobei der letzte selbst zugestanden habe, daß sie vollständig mit der von Andreux übereinstimme. Die „France“ will Vitrac keine Liste übergeben haben; diese habe sie von Pascal bekommen, der sie als Sekrete des ehemaligen Deputirten Barres, zweifellos oft in Händen gehabt habe.

Italien.

Rom, 2. Januar. Crispi wurde heute Großvater. Seine Tochter, die Fürstin Linguaglossa, gebar heute früh in Neapel einen Knaben.

Rom, 1. Januar. Nachdem die Tagesblätter trotz der wiederholten Aeusserungen des Reichthums einer bevorstehenden oder beabsichtigten Prägung von 50 Millionen Lire erbschütternder Münze wieder aufnehmen, ist die „Agenzia Stefani“ ermächtigt, aufs Bestimmteste zu erklären, daß die italienische Regierung den Gedanken einer ähnlichen Prägung weder jemals in Erwägung gezogen habe noch jetzt daran denke. Die einzige ermächtigte Neuprägung ist durch den königlichen Erlass vom 19. Dezember verfügt worden und betrifft die Anfertigung von erbschütternden Geldorten in Ein- und Zweifrankenstücken bis zur Höhe von drei Millionen. Diese Münzen sollen zur Ausstattung der Kasernen dienen, nachdem die Erprobung den ganzen Vorrath an erbschütternden Münzen aufgebraucht hat. Das Schatzamt verwendet bereits Silberbarren zu dieser Prägung und zieht keinerlei Vortheile daraus.

Belgien.

Brüssel, 2. Januar. Frères-Deban starb als Friederker, er wies die Leiden der katholischen Religion vor dem Tode zurück. Der Verbsichene betonte, der Protestantismus sei die beste Staatsreligion. Die Ultramontanen sind darüber so erzürnt, daß die Theilnehmung der Minister und des

